Medienmappe

KRIEGSMATERIAL
REFERENDUM

Medienmitteilung

Keine Waffen für Bürgerkriege: Kriegsmaterial-Referendum ist lanciert.

07.01.2026. Eine breite Allianz bestehend aus Parteien, Friedensorganisationen, NGOs und kirchlichen Verbänden lanciert heute offiziell das Kriegsmaterial-Referendum.

Der völkerrechtswidrige Angriff der USA auf Venezuela zeigt die Problematik der neuen Kriegsmaterialgesetzgebung exemplarisch auf und erhöht die Dringlichkeit für dieses Referendum. Ebendiese USA gehören zu den Staaten, die nach der beschlossenen Lockerungen des Kriegsmaterialgesetzes auch im Kriegsfall beliefert werden können. Aber auch Kriegsparteien im Sudan, wo seit Jahren ein brutaler Bürgerkrieg stattfindet, könnten über indirekte Kriegsmaterial-Lieferungen mit Schweizer Waffen ausgerüstet werden. Wer hingegen von den Kriegsmaterialexporten aus der Schweiz weiterhin ausgeschlossen bleibt: Die völkerrechtswidrig angegriffene Ukraine.

Die bürgerlichen Parteien haben in der vergangenen Wintersession eine Lex Rüstungsindustrie beschlossen, welche des Profites wegen Schweizer Kriegsmaterial grundsätzlich in aller Welt sehen will. Gegen diesen Beschluss wehrt sich eine breite Allianz, die heute an einer Pressekonferenz ihr Referendum lanciert hat.

Die Schweiz als Hüterin der Genfer Konventionen und mit ihrer historischen Verbindung zum Roten Kreuz hat Besseres zu exportieren als Waffen. Die rigorose Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes bringt der Welt weitere Unsicherheit und ritzt teilweise sogar die militärische Neutralität der Schweiz.

Die Allianz des Kriegsmaterial-Referendums ist überzeugt, die benötigten Unterschriften bis Mitte April zusammen zu bekommen, damit das Schweizer Stimmvolk über diese Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes befinden kann.

Die Statements der einzelnen Personen der Pressekonferenz entnehmen Sie der Medienmappe.

Medienkontakte
Joris Fricker, joris@gsoa.ch , 079 680 20 12
Elia Gerber, elia@gsoa.ch, 079 425 20 58
Wir stellen auch gerne Kontakt her zu Personen im Co-Präsidium oder von Allianzorganisationen.

Medienmitteilung 2
Es gilt das gesprochene Wort. 3
Statement Clarence Chollet (GRÜNE) 4
Statement Priska Seiler Graf (SP) 5
Statement Marc Jost (EVP) 7
Statement Mirjam Hostetmann (JUSO) 9
Statement Nino Russano (terres des hommes) 12
Statement Rayyân Rehouma (GSoA) 14
Statement Thomas Wallimann-Sasaki (Justitia et Pax) 16

Die Allianz:
GSoA – SP – GRÜNE – EVP – JUSO – Junge GRÜNE – JEVP – PdA – Frieda – terre des hommes – medico international – SFR – Campax – DJS – Frauen für den Frieden – grundrechte.ch – humanrights.ch – Public Eye – Justitia et Pax – fra-z

Co-Präsidium
Gerhard Andrey (GRÜNE), Noemi Buzzi (GSoA), Clarence Chollet (GRÜNE), Mirjam Hostetmann (JUSO), Marc Jost (EVP), Fabian Molina (SP), Andreas Nufer (Kloster Kappel), Rayyân Rehouma (GSoA), Nino Russano (terres des hommes), Priska Seiler-Graf (SP), Thomas Wallimann-Sasaki (Justitia et Pax)

Es gilt das gesprochene Wort.

Statement Clarence Chollet (GRÜNE)

Der weltweite Waffenhandel macht die Welt nicht sicherer

Die GRÜNEN lehnen gemeinsam in einer breiten Allianz die Änderung des Kriegsmaterialgesetzes ab, da sie wesentliche Grundsätze der Schweizer Sicherheits-, Neutralitäts- und Verantwortungspolitik untergräbt. Diese Revision erleichtert den Export von Kriegsmaterial und erweitert die Ausnahmeregelungen erheblich, während gleichzeitig die Kontroll- und Rückverfolgungsmechanismen eingeschränkt werden.

In einer Welt, die bereits mit Waffen übersättigt ist, bedeuten mehr Exporte mehr Risiken. Die aktuellen Konflikte zeigen, dass Kriegsmaterial zirkuliert, reexportiert, weiterverkauft oder zweckentfremdet wird. Einmal geliefert, können sie in Kontexten landen, auf die die Schweiz keinen Einfluss mehr hat: in tödlichen Konflikten wie im Sudan, im Jemen, im Gazastreifen, vielleicht bald auch in Südamerika oder in den Händen von Akteuren, die an schweren Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind. Eine Schwächung der Kontrollen erhöht automatisch die Wahrscheinlichkeit, dass Schweizer Kriegsmaterial direkt oder indirekt zu solchen Gewalttaten beiträgt.

Erinnern wir uns noch einmal an den globalen Kontext, in dem diese Gesetzesänderung stattfindet: Ein multilaterales System wird von allen Seiten angegriffen und Verstösse gegen das Völkerrecht durch wichtige Akteure häufen sich. Während die internationalen Mechanismen zur Konfliktlösung mehr denn je bedroht sind, wird dieses Deregulierungsvorhaben die bereits weit verbreitete Logik des Rechts des Stärkeren weiter fördern.

Wenn man die Schleusen für Waffenexporte weit öffnet, darf man nicht so tun, als würde man nicht sehen, wohin das Wasser letztendlich fliesst. Eine glaubwürdige Sicherheitspolitik besteht nicht darin, die Augen vor dem Weg der Waffen zu verschliessen, sondern die volle Verantwortung für ihre Folgen zu übernehmen: Die Kontrolle über Kriegsmaterial zu verlieren, bedeutet, die Kontrolle über unsere Sicherheitspolitik zu verlieren.

Wir wehren uns gegen die Illusion, dass eine Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes die Sicherheit erhöhen würde. In Konflikten mangelt es nicht an Waffen, sondern an politischen, diplomatischen und humanitären Lösungen. Die Erleichterung von Exporten schürt die Eskalation, verlängert Kriege und verschlimmert das Leid der Zivilbevölkerung, ohne die Sicherheit der Schweiz zu verbessern.

Diese Revision ist auch mit einer glaubwürdigen Neutralität unvereinbar. Denn die Beteiligung an Kriegshandlungen erfolgt nicht nur durch die Entsendung von Truppen, sondern auch durch die Lieferung von Waffen. Diese Lieferungen zu erleichtern und gleichzeitig Neutralität zu beanspruchen, schwächt die internationale Glaubwürdigkeit der Schweiz und ihre Rolle als Vermittlerin und Friedensförderin.

Die Sicherheitspolitik der Schweiz darf nicht von den wirtschaftlichen Interessen der Rüstungsindustrie diktiert werden. Wir vertreten einen Ansatz, der auf Konfliktprävention, Achtung des humanitären Völkerrechts, Schutz der Menschenrechte und strengen und wirksamen Kontrollmechanismen basiert. Nachhaltige Sicherheit wird durch Diplomatie und Frieden erreicht, nicht durch ein Wettrüsten.

Deshalb rufen die GRÜNEN dazu auf, dieses Referendum gemeinsam mit der breiten Allianz zu unterstützen, um diese Deregulierung zu stoppen und für eine verantwortungsbewusste, glaubwürdige und friedensengagierte Schweiz einzutreten.

Statement Priska Seiler Graf (SP)

Der brutale und völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine war eine Zäsur – für die europäische Sicherheitsordnung, für Bundesbern und auch für mich persönlich. Schon bald nach Kriegsausbruch erhielt die Schweiz Anfragen aus Deutschland, Dänemark und Spanien, ob diese Länder das in der Schweiz gekaufte Kriegsmaterial in die Ukraine liefern dürften. Der Bundesrat lehnte diese Anfragen allesamt mit Neutralitätsbedenken ab. Durch diesen meiner Meinung nach unverständlichen Entscheid stand die Schweiz zunehmend mit dem Rücken zur Wand und wurde als unsolidarisch wahrgenommen. Eine Koalition von der SP bis zur FDP im Parlament wollte diesen Entscheid jedoch nicht so hinnehmen und setzte in der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates eine Subkommission ein. Diese sollte einen Vorschlag erarbeiten, der das Kriegsmaterialgesetz in einem sehr begrenzten Bereich öffnen würde, um Wiederausfuhren in die Ukraine zu ermöglichen – gestützt auf die UNO-Charta und somit auf das Recht auf Selbstverteidigung.

Unter diesen Umständen – und wirklich nur unter diesen! – war auch die SP bereit, das Kriegsmaterialgesetz ein kleines Stück zu öffnen. Doch soweit kam es nicht. Nach zähen Diskussionen in der Kommission, bei denen es nie eine solide Mehrheit für irgendeinen Vorschlag gab, setzte sich die Rüstungsindustrie bei den bürgerlichen Parlamentarier:innen durch und diktierte eine Lösung, wie das Kriegsmaterialgesetz geöffnet werden sollte. Und das nicht nur in Bezug auf Wiederausfuhren, sondern auch für direkte Waffenlieferungen. Das Kriegsmaterialgesetz wurde in geradezu obszöner Art und Weise geöffnet, allerdings soll der Ukraine explizit nicht geholfen werden. Das war die riesige und hässliche Kröte, die Mitte und FDP schlucken mussten, um dem immensen Druck der Rüstungsindustrie nachzugeben. Denn nur unter dieser Bedingung war die SVP bereit, den Vorschlag mitzutragen, und nur mit der SVP gab es die nötige Mehrheit.

Die Nichtwiederauserklärung soll nun grundsätzlich abgeschafft werden. Das stellt einen radikalen Paradigmenwechsel zur heutigen Regelung dar. Der Bundesrat kann jedoch bei aussen- und sicherheitspolitischen sowie – für die SVP entscheidend – neutralitätspolitischen Bedenken von einem Land eine Nichtwiederausfuhrerklärung verlangen. Während der Ratsdebatte wurde Bundesrat Parmelin dann auch mehrmals gefragt, ob durch diese Formulierung Wiederausfuhren in die Ukraine möglich seien. Die Antwort war immer dieselbe und glasklar: Nein! Ich fasse also kurz zusammen: Der einzige Grund, warum das Parlament das Kriegsmaterialgesetz ursprünglich ändern wollte, entfällt somit.
Wie diese Regelung in der Praxis aussehen soll, ist mir absolut schleierhaft. Diplomatisch ist sie auf jeden Fall kaum zu bewältigen. Verlangt der Bundesrat etwa von Deutschland, Dänemark, Spanien und allen anderen europäischen Ländern Nichtwiederausfuhrerklärungen, weil er davon ausgehen muss, dass Kriegsmaterial in die Ukraine geliefert werden könnte? Denn das müsste der Bundesrat jetzt so handhaben, da er aus neutralitätspolitischen Gründen keine Wiederausfuhren in die Ukraine gestattet.

Doch damit nicht genug: Auch bei den direkten Waffenlieferungen wurde von bürgerlicher Seite weit übers Ziel hinausgeschossen. In Zukunft sollen direkte Waffenlieferungen in Länder des Anhangs 2 der Kriegsmaterialverordnung selbst dann möglich sein, wenn sie sich in einem bewaffneten Konflikt befinden. Meine Damen und Herren, ich habe während der langwierigen Beratungen zum Kriegsmaterialgesetz die Haager Abkommen gründlich studiert. Dies ist für ein neutrales Land definitiv nicht möglich! Hinzu kommt, dass dieser

Anhang 2 auch nicht über alle Zweifel erhaben ist: So ist Argentinien aufgeführt, nicht aber die baltischen Staaten und natürlich auch die Ukraine nicht.

Die bürgerliche Mehrheit im Parlament hat das Exportkontrollregime für Kriegsmaterial faktisch aufgehoben. Dies stellt einen klaren Bruch mit der humanitären Tradition der Schweiz dar.

Diese Revision ist eine reine Lex Rüstungsindustrie. Sie nützt einzig den Waffenherstellern, schwächt die Neutralität und macht die Schweiz mitverantwortlich für Leid und Gewalt in Krisenregionen.

Und ich muss es nochmals deutlich betonen: Künftig dürfen Waffen an Länder wie Saudi-Arabien oder die VAE weitergegeben werden, aber ausdrücklich nicht an die Ukraine. Das ist absurd und scheinheilig. Es geht nicht darum, der Ukraine zu helfen und Solidarität zu zeigen, sondern lediglich um die Gewinne der Rüstungsindustrie.

Für mich ist klar: Diese Vorlage gefährdet die Glaubwürdigkeit der Schweiz. Darum ist es wichtig und richtig, dass wir gemeinsam in diesem breiten Bündnis das Referendum ergreifen.

Statement Marc Jost (EVP)

Die Schweiz hat heute eines der verantwortungsvollsten Kriegsmaterialgesetze der Welt. Und das aus gutem Grund. Damit wollen wir sicherstellen, dass wir als Schweiz nicht Teil von Kriegen werden, dass wir keine Komplizen von Menschenrechtsverletzungen sind und dass Schweizer Technologie nicht gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wird.

Nach geltendem Recht dürfen wir kein Kriegsmaterial exportieren, wenn ein Land in einen bewaffneten Konflikt verwickelt ist, wenn es Menschenrechte systematisch verletzt, wenn ein hohes Risiko besteht, dass Waffen gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden oder wenn sie bei unerwünschten Endempfängern landen könnten.

Diese klaren Kriterien sind kein bürokratisches Hindernis. Sie sind ein moralischer Kompass.

Und genau dieser Kompass soll nun abgeschafft werden.

Mit der vom Parlament beschlossenen Gesetzesänderung sollen Exporte von Kriegsmaterial in eine Gruppe von 25 westlichen Staaten grundsätzlich erlaubt werden – selbst dann, wenn diese Länder in einen Krieg verwickelt sind.

Eine rote Linie fällt. Und mit ihr ein zentrales Prinzip der Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik.

Heute gilt: Wer Krieg führt, bekommt keine Waffen aus der Schweiz.
Morgen soll gelten: Wer auf der „richtigen Liste“ steht, bekommt sie trotzdem.

Der Bundesrat hätte künftig nur noch ein Vetorecht – zum Beispiel, wenn er die Neutralität oder die aussen- und sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz gefährdet sieht. Objektive Ausschlusskriterien fallen weg, der Bundesrat wird alleiniger Türsteher – und die Tür steht weit offen. Der Interpretationsspielraum ist enorm. Und genau das ist gefährlich.

Denn wir wissen aus der Vergangenheit: Wo Regeln weich werden, wird der Druck der Rüstungsindustrie hart.

Besonders problematisch ist auch die faktische Abschaffung der Nichtwiederausfuhr-Erklärungen. In Zukunft könnten Länder Schweizer Kriegsmaterial ohne Zustimmung der Schweiz weitergeben – auch an Drittstaaten, auch in Kriegsgebiete, auch an Regime, die ihre eigene Bevölkerung unterdrücken.

So wird Tür und Tor geöffnet, dass Schweizer Waffen wieder dort landen, wo sie nie landen dürften. **Wir erinnern uns alle an frühere Fälle, in denen Schweizer Kriegsmaterial bei Terrororganisationen auftauchte.**

Die Befürworter sprechen von einer „Lex Verteidigungsfähigkeit“.
Seien wir ehrlich: Das ist Augenwischerei.

Was hier entsteht, ist keine Lex Verteidigung.
Es ist eine **Lex Waffenbusiness**.
Oder, wenn man es noch klarer sagen will: eine **Lex Profit vor Prinzip.**

Und der grösste Zynismus an der ganzen Vorlage:
Der Ukraine, die am Anfang dieser ganzen Lockerungsdebatte stand, hilft dieses Gesetz kein bisschen. Lieferungen – ob direkt oder indirekt via ein Drittstaat – bleiben aus Neutralitätsgründen verboten.

Ich sage klar: Auch wir bei der EVP stehen zu einer starken Schweizer Rüstungsindustrie als Teil unserer Landesverteidigung. Und ja, wir wollen, dass die Schweiz ein verlässlicher Partner ist.

Aber was ganz sicher **nicht** im Interesse der Schweizer Sicherheit ist:
wenn Schweizer Waffen unkontrolliert durch die Welt zirkulieren und am Ende bei Milizen, Terrorgruppen oder Unrechtsstaaten landen.

Und noch etwas muss klar gesagt werden:
Wir dürfen unsere Schweizer Werte nicht für das liebe Geld opfern. Diese Sünde hat unser Land in der Vergangenheit bereits viel zu oft begangen.
Der wirtschaftliche Erfolg der Rüstungsindustrie ist es nicht wert, dass wir – um es klar zu sagen – unsere Seele verkaufen und dabei in Kauf nehmen, dass unschuldige Zivilisten leiden oder sterben.

Die Schweiz ist bekannt für ihre humanitäre Tradition, für ihre Guten Dienste, für den Schutz des Völkerrechts und für die Friedensförderung. Es ist ein fundamentaler Widerspruch, wenn wir gleichzeitig mit gelockerten Waffenexporten globale Konflikte anheizen.

Wer Waffenexporte so massiv lockert, überschreitet eine rote Linie.
Weil aus Profitinteressen bewusst akzeptiert wird, dass Schweizer Kriegsmaterial Leid verursacht und Menschenrechte relativiert werden.

Und schliesslich: Diese Gesetzesänderung widerspricht klar dem politischen Versprechen, das vor wenigen Jahren zur Rückziehung der Korrektur-Initiative geführt hat. Damals war klar: Die Abweichungskompetenz des Bundesrates wird gestrichen. Heute wird sie durch die Hintertür wieder eingeführt – sogar ausgeweitet.

Das ist politisch unglaubwürdig.

Darum sagen wir als EVP klar und unmissverständlich:
Dieses Gesetz ist unschweizerisch.
Es untergräbt unsere Werte, unsere Glaubwürdigkeit und letztlich auch unsere eigene Sicherheit.

Und genau deshalb unterstützen wir das Referendum mit voller Überzeugung.

Statement Mirjam Hostetmann (JUSO)

Die Schweiz verdient ihr Geld – auch an den Kriegen dieser Welt. Der Rüstungsindustrie geht es blendend. Und das überrascht nicht. Wir leben im Zeitalter der Aufrüstung, in einer Zeit der Monster und der Märchen: Einer Zeit, in der Krieg als Frieden verkauft wird und tote Zivilist*innen als Wirtschaftsmotor. Und genau in dieser Zeit beschliessen SVP, FDP und Mitte eine Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes. Genau jetzt. Das ist kein Zufall, das ist ein Skandal.

Ein Skandal wegen der Entstehung dieser Vorlage.

Ein Skandal angesichts unserer angeblich humanitären Werte.

Und vor allem ein Skandal, weil es im Kern um eines geht: um Geld. Um Profite.

Um Renditen auf Kosten von Menschenleben.

Mitte-rechts will uns einbläuen, dass es der Rüstungsindustrie schlecht geht. Das ist schlicht falsch. Die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Rheinmetall ist mit Rheinmetall Air Defence AG der grösste Rüstungskonzern in der Schweiz und hat in den Jahren 2015-2024 Kriegsmaterial im Wert von 8.14 Milliarden Franken exportiert, 8.14 Milliarden.

Rheinmetall fährt Rekordgewinne ein, verzeichnet für 2025 voraussichtlich ein Wachstum von 25-30% und will bis 2030 seinen Umsatz verfünffachen. Ein zentrales Element dieser Strategie: Rheinmetall Air Defence.

Der US-Rüstungskonzern General Dynamics hat mit der Mowag im selben Zeitraum Kriegsmaterial im Wert von über 5.1 Milliarden Franken exportiert. Auf Platz drei folgt erneut Rheinmetall mit der Tochtergesellschaft RWM Schweiz, die ihre bewilligten Exportsummen von 2023 auf 2024 vervierfacht hat.

Und auf Platz vier stehen die Pilatus Flugzeugwerke. Sie exportierten in den letzten neun Jahren Trainingsflugzeuge als sogenannte „besondere Militärgüter“ im Wert von über 1.4 Milliarden Franken. Diese Flugzeuge kommen unter anderem in Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und in den USA zum Einsatz. Und obwohl sie nachträglich problemlos bewaffnet werden können, gelten sie weiterhin nicht als Kriegsmaterial.

Seit Februar 2022, seit Oktober 2023 explodieren die Aktienkurse der Rüstungskonzerne. Rheinmetall verzeichnet seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine einen Kursanstieg von rund 2400 Prozent. Auch General Dynamics profitiert massiv. Es wird investiert wie wild. Wir investieren wie wild, teilweise auch ohne es zu bemerken. Rüstungsaktien werden mittlerweile sogar in die grünen Nachhaltigkeitsfonds gepackt. Die UBS beispielsweise hat letztes Jahr dafür ihre Nachhaltigkeitskriterien geändert. Das ist keine Industrie in der Krise. Die Rüstungsindustrie serbelt nicht ab, sie erlebt gerade ihre Renaissance.

Die Schweiz profitiert auf ganzer Linie – erst kommt das Fressen, dann die Moral, zumindest für jene, die uns dieses neue Kriegsmaterialgesetz andrehen wollen.

Es ist ein Geschäft mit dem Tod und die Henker*innen werden bis ins Parlament rekrutiert. 33 Rüstungsorganisationen zählt Lobbywatch im Bundeshaus und auch das VBS selbst hat 95 Vollzeitstellen, um uns Schweizer*innen mit Militärpropaganda zuzudröhnen. Das Ziel dahinter lautet: Möglichst viel Geld in die Aufrüstung zu investieren, freie Fahrt für Kriegsmaterialproduktion und deren Exporte zu erreichen. Die Drohkulissen, die dafür aufgefahren werden, sind absurd und realitätsfern. Als Antwort sollen teure und teilweise

nicht einmal funktionstaugliche Waffensysteme angeschafft werden. Die Rüstungsindustrie freut sich.

Schweizer Kriegsmaterial und Dual-Use-Güter landen seit Jahren in Kriegen und bewaffneten Konflikten. Nicht trotz der Politik, sondern wegen ihr.

2016 setzte die FDP unter Führung der damaligen Ständerätin Karin Keller-Sutter und des damaligen Bundesrats und ehemaligen Swissmem-Präsidenten Johann Schneider-Ammann eine Lockerung beim Export von Dual-Use-Gütern nach Russland durch. In den folgenden sechs Jahren wurden über 90 Bewilligungen erteilt, mehr als 20 russische Mischbetriebe beliefert. Betriebe, die sich später als zentrale Produktionsstätten für den russischen Angriffskrieg entpuppten.

Die Entscheidungskompetenz lag beim Bundesrat. Und der Bundesrat genehmigte – obwohl das Aussendepartement warnte. Wenn der Rüstungsfanatiker und FDP-Nationalrat Theiler heute beim neuen Kriegsmaterialgesetz behauptet, der Bundesrat könne bei Gesuchen künftig noch ein Veto einlegen, dann haben wir spätestens 2016 realisiert, dass das a) sicher nicht die Absicht der FDP ist und b) der bürgerlich-geprägte Bundesrat Profite gut und gerne über Menschenleben stellt.

Oder nehmen wir die RUAG-Handgranaten. Vom Seco genehmigt. Vom IS in Syrien eingesetzt. Wahrscheinlich exportiert in die Vereinigten Arabischen Emirate, die Weitergabe war damals verboten. Mit der vorliegenden Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes wäre nun aber eine Weitergabe an Drittstaaten möglich.

Gleichzeitig erhalten 25 Länder einen faktischen Waffenfreipass. Darunter die faschistischen USA und das rechtsextrem regierte Ungarn. Die USA, die gerade einen illegalen Angriff auf Venezuela gestartet haben, die USA, die Menschen auf offener Strasse jagen, internieren und deportieren.

Mitte-rechts behauptet, wir brauchen die Rüstungsindustrie für unsere Sicherheit. Aber von welcher Sicherheit sprechen sie genau? Sicherheit bedeutet doch, bei einem Notfall in ein funktionierendes Spital gehen zu können, bei persönlichen und ökonomischen Extremsituationen ein institutionelles Auffangnetz zu kennen und zu wissen, dass wir für Naturkatastrophen einigermassen gut gewappnet sind.

Mitte-rechts meint die Sicherheit der Profite, der Renditen, der Aktienkurse und zwar für die Banken und Rüstungskonzerne. Für diese Sicherheit sollen Menschen überall auf der Welt mit ihrem Tod bezahlen.

Diese Industrie funktioniert nur, wenn genügend Kriege geführt werden – das ist ja das Problem. Je besser es der Kriegswirtschaft geht, desto unsicherer wird diese Welt und umgekehrt. Wer Krieg sät, wird Krieg ernten.

Was im Parlament mit dem Kriegsmaterialgesetz beschlossen wurde, ist kein einfacher Rückschritt, sondern ein Tabubruch, eine Schande. Ich bin überzeugt, dass wir das besser können, dass wir das besser können müssen. Wir haben Werte, wir haben Grundsätze, und wir haben die Verantwortung, sie auch zu verteidigen.

Wir sprechen hier nicht einmal von einem Exportverbot, sondern vom Erhalt minimaler Kontrollmechanismen. Deshalb ist das Kriegsmaterial-Referendum so wichtig. Wir müssen den Angriff der Rüstungsindustrie abwehren.

Normalerweise sage ich: Haben wir Mut zur Veränderung. Aber an dieser Stelle, bei diesem Anliegen muss ich sagen, wir müssen keinen Mut haben. Die Einhaltung eines Mindeststandards an Menschen- und Völkerrecht darf nicht als mutig gelten. Wenn wir das als Mut bezeichnen, dann haben wir als Gesellschaft bereits verloren. Eigentlich ist es doch

eine Selbstverständlichkeit, dass wir der Zivilbevölkerung, der Menschen in Palästina, Israel, im Sudan, in den Vereinigten Arabischen Emiraten, in Venezuela, in den USA und auf der ganzen Welt Frieden und Freiheit wünschen – und nicht, dass sie durch unsere Waffen getötet werden.

Darum sagen wir Nein zu diesem Kriegsmaterialgesetz. Nein zu dieser Lex Rüstungsindustrie.

Statement Nino Russano (terres des hommes)

Einfacher Zugang zu Waffen heizt tödliche Gewaltspirale im Globalen Süden an

Die Bestimmungen für den Export von Kriegsmaterial sollen gelockert werden, trotz der breiten Unterstützung der Zivilgesellschaft zur Korrektur-Initiative. Unrechtsstaaten und Bürgerkriegsländer könnten so bald mit Schweizer Waffen gegen Zivilisten vorgehen. Gelangen Schusswaffen in die falschen Hände, treibt das in vielen Ländern des Globalen Südens die tödliche Gewaltspirale weiter an.

In einer Zeit sich zuspitzender Krisen, bewaffneter Konflikte, gesellschaftlicher Polarisierung und zunehmender antidemokratischer Tendenzen, ist die internationale Zusammenarbeit wichtiger denn je. Denn globale Herausforderungen können nicht einfach durch Aufrüstung und internationales Wettrüsten gelöst werden. In einer krisengeschüttelten Welt fördert die Entwicklungszusammenarbeit Dialog, Frieden und Sicherheit weltweit. Gerade die Schweiz hat sich über viele Jahrzehnte einen Namen gemacht, dass sie als neutrales Land erfolgreich zwischen verschiedenen Konfliktparteien vermitteln kann. Die Schweizer Organisationen der internationalen Zusammenarbeit sind zurecht stolz auf ihre lange humanitäre Tradition und grosse Expertise im Bereich der Friedensförderung. Werden die seit 2022 bestehenden Regelungen für Waffenexporte erleichtert, gefährdet das die vielfältigen Bemühungen von Schweizer Organisationen, zu mehr Frieden und Stabilität in der Welt beizutragen. Die Lockerung der Bestimmungen für die Ausfuhr von Schweizer Kriegsmaterial in Länder mit bewaffneten Konflikten, wie sie das Parlament im Dezember 2025 beschlossen hat, droht die Rolle der Schweiz als Vorreiterin in Friedenspolitik und humanitären Werten weiter zu schwächen.

Militarisierte Sicherheitspolitik statt Gewaltprävention: Zivilgesellschaft unter Druck

Auch terre des hommes schweiz als eine der Allianzpartner zum Kriegsmaterial-Referendum setzt sich seit Jahrzehnten für zivilgesellschaftliche Projekte der Friedensförderung ein. Die Organisation unterstützt Initiativen etwa in Lateinamerika, die sich für sozialen Zusammenhalt, Friedenskultur und Gewaltprävention einsetzen.

Aus eigener Erfahrung wissen wir: Leichter Zugang zu Feuerwaffen ist oft ein wesentlicher Motor tödlicher Gewaltspirale. Die Genehmigung von Waffenexporten ist ein direkter Beitrag zur Gewalteskalation: Nicht nur in Bürgerkriegsländern, sondern auch in Staaten, in denen systematisch Menschenrechte verletzt werden. Gerade Länder, die nicht im Fokus der internationalen medialen Berichterstattung stehen, werden leichtfertig als unproblematische Handelspartner für Kriegsmaterial- und Waffenlieferungen wahrgenommen.

In vielen lateinamerikanischen Staaten ist beispielsweise eine militarisierte Sicherheitspolitik ein Symptom für das fortlaufende Scheitern von Regierungen im Umgang mit dem organisierten Verbrechen. Die Folge ist exzessive staatliche Gewalt gegenüber der Zivilgesellschaft, Wohnquartiere werden zu Kriegsschauplätzen. Jüngstes Beispiel ist der blutige Polizeieinsatz in den brasilianischen Favelas Penha und Alemão von Rio de Janeiro Ende Oktober 2025. Bei dieser tödlichen Polizeiaktion in der Millionenstadt kamen mindestens 121 Menschen zu Tode – ob auch durch Schweizer Waffen, ist noch unklar.

Aus Studien wie «Hört auf uns zu töten! Polizeigewalt gegen Kinder und Jugendliche in Brasilien und Waffenhandel» von 2021 wissen wir: ein zentrales Problem der Waffenexporte ist, dass in vielen Staaten die Waffen in falsche Hände gelangen, selbst wenn sie an Sicherheitskräfte geliefert werden. Sie werden veruntreut oder tauchen nicht selten im illegalen Waffenhandel auf. Eine grosse Zahl an Waffen und Munition verschwindet aus den offiziellen Beständen, sie werden nicht selten für Verbrechen und Massaker an der Zivilbevölkerung missbraucht. Bis heute ist die Kontrolle des Endverbleibs der gelieferten Rüstungsgüter häufig äusserst mangelhaft.

Parlament missachtet zivilgesellschaftlicher Forderungen

Die Änderung des Schweizer Kriegsmaterialgesetzes im Jahr 2022 war ein Meilenstein für strengere Exportkontrollen für Kriegsmaterialexporte, denn die Kriterien für Waffenexporte wurden erstmals klar im Gesetz festgeschrieben. Der politische Prozess um diese Gesetzesänderung war der Erfolg eines breiten Bündnisses aus NGOs, Hilfswerken – unter anderem terre des hommes schweiz – und politischen Parteien, die 2018 gemeinsam die Korrektur-Initiative lanciert hatten.

Mit dem 2022 in Kraft getretenen Gesetz wurden die zivilgesellschaftlichen Forderungen aufgenommen, dass in Zukunft kein Kriegsmaterial mehr an Staaten geliefert werden soll, die in bewaffnete Konflikte verstrickt sind. Auch wenn die Gefahr besteht, dass die Menschenrechte im Importstaat schwerwiegend verletzt werden könnten, dürfen keine Waffen aus der Schweiz geliefert werden. Der Rückhalt in der Bevölkerung für die Initiative war sehr gross, bis dahin konnten noch nie so rasch so viele Unterschriften gesammelt werden.

Das Kriegsmaterialgesetz nur wenige Jahre nach Inkrafttreten in seinen Kern-Bestimmungen zunichte zu machen, missachtet die grosse Unterstützung der Stimmbürger*innen, die sich in der Korrektur-Initiative klar für strengere Exportregeln ausgesprochen haben.

Links

- Studie «Hört auf uns zu töten! – Polizeigewalt gegen Kinder und Jugendliche und Waffenhandel». 2021, Instituto Sou da Paz, terre des hommes schweiz, terre des hommes Deutschland e.V.

Statement Rayyân Rehouma (GSoA)

Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) lehnt diesen x-ten Angriff der Rüstungslobby gegen jegliche Form der Kontrolle von Kriegsmaterialexporten entschieden ab.

Dieser Entscheid kommt nicht von ungefähr, sondern ist das Ergebnis intensiver Lobbyarbeit der Rüstungsindustrie, die es nicht hinnehmen kann, dass Waffenexporte dem Völkerrecht unterliegen. Die Rüstungslobby möchte Waffen genauso exportieren wie Uhren oder Käse. Wenn jedoch Schweizer Waffen gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden oder in die Hände von Terroristengruppen gelangen, trägt die Schweiz selbst eine Mitverantwortung für die begangenen Verbrechen.

Seit vielen Jahren versuchen das bürgerliche Lager und die Rüstungslobby mit allen Mitteln, die Einführung einer Regulierung der Kriegsmaterialexporte zu verhindern. Bereits 2007 lancierten wir die Initiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten», nachdem es zu mehreren Skandalen im Zusammenhang mit Schweizer Rüstungsgütern in Konfliktregionen gekommen war. Darunter der Verkauf eines Pilatus-Flugzeugs an den Tschad, der sich damals mitten in einem Bürgerkrieg befand. Im folgenden Jahr führte der Bundesrat zur Bekämpfung dieser Initiative klare und transparente Ausschlusskriterien für Waffenexporte in die Kriegsmaterialverordnung (KMV) ein.

Einige Jahre später wurden diese Exportvorschriften jedoch unter dem Vorwand einer angeblichen „Diskriminierung der Rüstungsindustrie“ gelockert.

Im Jahr 2016 wird die Schweiz von Control Arms (einer weltweiten Koalition für Waffenkontrolle) wegen ihrer Exporte nach Saudi-Arabien, das im Jemen Kriegsverbrechen begeht, des Verstosses gegen den Waffenhandelsvertrag beschuldigt. Im selben Jahr jedoch macht der Bundesrat unter dem Druck der Rüstungslobby die Verschärfung der Exportbedingungen rückgängig und lockert die Kriegsmaterialverordnung, um weiterhin Waffen nach Saudi-Arabien liefern zu können. Eine Recherche von RTS und der NZZ am Sonntag deckte später auf, dass saudische Soldaten auf dem Schlachtfeld im Jemen Sturmgewehre vom Typ Sig Sauer 551 einsetzten. Dieser Skandal reiht sich ein in den Skandal um Schweizer Granaten, die vom Rüstungsunternehmen RUAG hergestellt und im Besitz des Islamischen Staates in Syrien gefunden wurden.

2018 lancieren wir mit einem breiten Bündnis die Korrektur-Initiative. Diese fordert, dass die Kriterien für Kriegsmaterialexporte gesetzlich verankert werden und dass das Parlament eine demokratische Kontrolle über Kriegsmaterialexporte innehat, anstatt diese Kriterien allein vom Bundesrat festlegen zu lassen.

Im Juni 2019 wird die Volksinitiative «Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative)» mit über 134'000 Unterschriften eingereicht. Zwei Jahre später verabschiedet das Parlament einen Gegenvorschlag zur Korrektur-Initiative, der die meisten ihrer Forderungen erfüllt, insbesondere die Streichung der Ausnahmeklausel des Bundesrats. Die Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer beschliesst daher, ihre Initiative zurückzuziehen, womit der Gegenvorschlag 2022 in Kraft tritt. Nach jahrelangem Kampf sind die Kriterien für Waffenexporte erstmals klar im Gesetz verankert.

Doch der Kampf ist damit noch nicht vorbei, denn ein Jahr später will der Ständerat das Gesetz erneut lockern und verabschiedet eine Motion, die den Bundesrat ermächtigt, unter «aussergewöhnlichen Umständen» oder wenn «die Wahrung der aussen- oder innenpolitischen Interessen des Landes dies erfordert», von den Bewilligungskriterien abzuweichen.

Dieser Entwurf nahm seinen Lauf, bis das Parlament am 19. Dezember letzten Jahres eine Gesetzesänderung verabschiedete, die die Errungenschaften der Korrektur-Initiative vollständig aushöhlt und den Export von Kriegsmaterial in Staaten, die systematisch Menschenrechte verletzen, oder in Länder, die sich im Bürgerkrieg befinden, erlaubt.

Mit dieser Änderung werden Kriegsmaterialexporte grundsätzlich in die 25 Länder des Anhangs 2 erlaubt, darunter Ungarn, Argentinien und die Vereinigten Staaten (USA). Wir könnten also weiterhin Waffen an die Vereinigten Staaten liefern, selbst wenn diese ihren Angriffskrieg in Venezuela fortsetzen. Der Bundesrat kann auch Ausnahmen von den Kriterien für Exporte in alle anderen Länder gewähren und so Lieferungen an Regime ermöglichen, die die Menschenrechte systematisch verletzen. Die Tatsache, dass der Bundesrat allein über diese Ausnahmen entscheiden kann, beeinträchtigt die Möglichkeit einer demokratischen Kontrolle unserer Kriegsmaterialexporte erheblich.

Darüber hinaus werden die Nichtwiederausfuhrserklärungen in den allermeisten Fällen abgeschafft. Das bedeutet, dass Schweizer Kriegsmaterial sofort und ohne Auflagen wiederausgeführt werden kann. Schweizer Waffen können beispielsweise über eine Tochtergesellschaft oder einen Zwischenhändler an Israel oder an bewaffnete Gruppen verkauft werden, die in einen Bürgerkrieg verwickelt sind, wie beispielsweise im Sudan.

Nur wenige Jahre nach Inkrafttreten des Gegenentwurfs ist diese Änderung zutiefst undemokratisch, da sie die Aufhebung der Ausnahmeklausel für den Bundesrat bedeutet, die die Rücknahme einer Initiative ermöglicht hatte, die von der Zivilgesellschaft damals weitgehend befürwortet wurde.

Angesichts zunehmender Spannungen und wachsender Instabilität ist es die Pflicht der Schweiz, sich für die Förderung des Friedens und die Verteidigung des Völkerrechts einzusetzen. Die Zukunft unseres Landes darf nicht vom unstillbaren Hunger der Rüstungsindustrie bestimmt werden, die sich bei jedem neuen Krieg die Hände reibt. Eine Lockerung der Kontrollen unserer Waffenexporte würde die weltweite Aufrüstungsspirale weiter anheizen, was nur zu einer Zunahme bewaffneter Konflikte führen würde. Lassen wir uns nicht von den Lügen einer angeblich in Schwierigkeiten befindlichen Rüstungsindustrie täuschen, deren Exportzahlen im Jahr 2025 erneut gestiegen sind. Heute geht es bei diesem Referendum nicht nur um die Frage der Kriegsmaterialausfuhren, sondern es stellt sich die Frage, welche Rolle die Schweiz in einer Welt spielen will, in der die internationale Ordnung von allen Seiten bedroht ist. Wie schon vor 20 Jahren lehnt die GSoA auch heute jede Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes entschieden ab!

Statement Thomas Wallimann-Sasaki (Justitia et Pax)

Eine erneute Ausweitung der Kriegsmaterialausfuhr ist aus christlich ethischer Sicht unhaltbar!

Justitia et Pax ist die sozialethische Kommission der Schweizer Bischofskonferenz und engagiert sich für Gerechtigkeit und Frieden hier und in der Welt.

Auch wenn Krieg und Waffengeschäfte zu dieser Welt gehören, so kann es sich gerade die Schweiz leisten darauf hinzuweisen, dass ein gutes und gelungenes Leben für Menschen anders aussieht als ein „Mehr an Kriegsmaterial“. Wir wissen, dass weder totalitäre Staatsverhältnisse noch religiös gefärbter Fanatismus oder Krieg ein gutes Leben für wirklich alle schaffen können. Lieferungen von Kriegsmaterial in Länder mit internen Konflikten verschärfen diese gesellschaftlichen Konflikte.
Das Christentum und insbesondere die Katholische Kirche haben gegenüber Waffen wie auch Krieg eine bewegte Geschichte. Heute sind wir überzeugter denn je, dass im Zentrum jeder Politik die ganzheitliche Entwicklung des Menschen stehen muss. Dies gilt auch für die Politik der Ausfuhr von Kriegs- und Sicherheitstechnik-Material.

Darum ist der letzte Orientierungspunkt für eine ethische Beurteilung des Exports von Kriegsmaterial nicht der wirtschaftliche Nutzen und damit auch nicht die Sicherung von Arbeitsplätzen. Vielmehr ist das Wohlergehen wirklich aller Menschen das zentrale ethische Kriterium. Von einer Ausweitung der Kriegsmaterialausfuhr profitieren nur wenige, viele aber leiden übermässig und mehr. Dies widerspricht unserem christlichen Verständnis von Gemeinwohl.
Frieden und glückliche Entwicklungen haben mit Gerechtigkeit zu tun. Diese spielt eine wichtige Rolle bei der Verteilung von Ressourcen innerhalb und zwischen den Ländern. Wenn arme Länder und solche mit inneren Konflikten Geld für die militärische Rüstung brauchen, kommen in der Regel Bildung und die Versorgung mit Nahrungsmittel zu kurz. Darunter leiden die Armen in besonderem Masse. Eine Ausweitung von Kriegsmaterialausfuhr fördert diese Benachteiligungen und widerspricht der Nächstenliebe. Das Recht des Stärkeren ist keine Grundlage weder für Friede noch für Gerechtigkeit.

Ein Wort zum Argument, dass der Schweizer Anteil am weltweiten Markt klein ist und sonst einfach „andere“ das Material liefern. Dieses Argument ist ethisch nicht stichhaltig. Denn unethisches Handeln wird nicht einfach „richtiger" oder gerechtfertigt, wenn darauf verwiesen wird, dass „andere“ das gleiche ähnlich oder noch verstärkt tun.

Schon 1481 - beim Stanser Vorkommnis - haben die Eidgenossen gemerkt, dass man gemeinsam ein besseres Leben hat, wenn man sich keine Köpfe einschlägt, sondern aufeinander hört und miteinander spricht!